



G7-Gesundheitsminister verabschieden Berlin-Erklärung zur Bekämpfung von Antibiotika-Resistenzen

G7-Gesundheitsminister verabschieden Berlin-Erklärung zur Bekämpfung von Antibiotika-Resistenzen
Auf Einladung von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe kamen die Gesundheitsministerinnen und -minister der sieben führenden Industriestaaten (G7) vom 8. - 9. Oktober zu Beratungen in Berlin zusammen. Auf der Agenda standen gemeinsame Maßnahmen gegen Antibiotika-Resistenzen und Lehren aus der Ebola-Epidemie. Am G7-Gesundheitsministertreffen nahmen auch die WHO-Generaldirektorin Dr. Margaret Chan, EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis sowie weitere Vertreter internationaler Organisationen teil.
Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe: "Wir müssen Gesundheit mehr denn je global denken - denn Krankheiten machen nicht an Staatsgrenzen halt. Nur mit gemeinsamen internationalen Anstrengungen werden wir die Menschen auch in Deutschland wirksam vor multiresistenten Keimen und grenzüberschreitenden Epidemien schützen können. Deshalb ist es gut, dass wir im Kreise der G7-Gesundheitsminister jetzt unsere Kräfte bündeln, um im Kampf gegen globale Gesundheitsgefahren voranzugehen. Das ist ein starkes Zeichen für eine globale Gesundheitspolitik."
In ihrer Abschlusserklärung setzen sich die G7-Gesundheitsminister dafür ein, dass Antibiotika nur zu therapeutischen Zwecken nach individueller Diagnostik verabreicht werden. Dabei wird der Verschreibungspflicht in der Humanmedizin und einem analogen Vorgehen in der Veterinärmedizin hohe Bedeutung zugemessen. Um überall zu strikten Regeln für einen sachgerechten Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin und der Landwirtschaft zu kommen, sollen Länder mit schwächer aufgestellten Gesundheitswesen bei der Entwicklung nationaler Aktionspläne gegen Antibiotika-Resistenzen unterstützt werden. Zudem vereinbarten die Minister den Aufbau eines globalen Netzwerks von Antibiotika-Experten. Auch die Harmonisierung von Zulassungsverfahren und -bedingungen - einschließlich klinischer Studien - im Pharmabereich soll vorangetrieben werden, damit neue Antibiotika schneller auf den Markt kommen und zu Therapie Zwecken zur Verfügung stehen. Der Austausch über Produktentwicklungspartnerschaften für neue und dringend notwendige Antibiotika, Impfstoffe, alternative Therapien und Schnelltests soll intensiviert werden. Ebenso sollen wirtschaftliche Anreize zur Förderung von Forschung und Entwicklung neuer Antibiotika und Diagnostika wie ein globaler Antibiotika-Forschungsfonds geprüft werden. Gemeinsam setzen sich die G7-Gesundheitsminister für ein hochrangiges Treffen zu Antibiotika-Resistenzen im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2016 ein.
Schätzungen internationaler Organisationen belegen den großen Handlungsbedarf: Demnach sterben jährlich 700.000 Menschen weltweit aufgrund von Infektionen mit multiresistenten Bakterien. Die jährlichen Kosten durch Antibiotika-Resistenzen liegen in der EU bei schätzungsweise 1,5 Milliarden Euro im Jahr. Es wird mit steigenden Kosten in den kommenden Jahrzehnten gerechnet. Die OECD schätzt die Verluste der OECD-Länder durch Antibiotika-Resistenzen für 2050 auf insgesamt 2,9 Billionen US-Dollar, wenn nicht gegengesteuert wird.
Am zweiten Tag des G7-Ministertreffens stand die Ebola-Epidemie in Westafrika im Zentrum der Gespräche. Ebola hat einmal mehr deutlich gemacht: Funktionierende und widerstandsfähige Gesundheitswesen sind die zentrale Voraussetzung, um Gesundheitskrisen schnell zu erkennen und bekämpfen zu können. Deshalb müssen die Gesundheitswesen vor Ort gestärkt werden. Die internationale Gemeinschaft und die G7 haben dabei ihre Unterstützung zugesagt. Das Bundesgesundheitsministerium wird gemeinsam mit dem Robert Koch-Institut (RKI), dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI), dem Bernhard-Nocht-Institut (BNITM) und dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) Partnerländer gezielt bei der Stärkung der Gesundheitswesen unterstützen. Dazu gehört die Ausbildung von Personal zum Management von Gesundheitskrisen in den Partnerländern. Zudem wird ein schnell einsetzbares Team aus Epidemiologen und Laborexperthen des RKI und BNITM aufgebaut, um schon bei ersten Anzeichen eines Krankheitsausbruchs vor Ort bei der Diagnostik und Bekämpfung unterstützen zu können. Das Programm wird 2016 mit 4 Millionen Euro starten und ist zunächst für 5 Jahre geplant.
Die G7-Gesundheitsminister sind sich zudem einig, dass eine grundlegende Reform der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nötig ist, um der Rolle als Wächter der globalen Gesundheit gerecht zu werden. Dabei soll insbesondere die Krisenreaktionsfähigkeit der WHO gestärkt werden. Dies umfasst die Einrichtung eines Notfallfonds für globale Gesundheitskrisen sowie die Aufstellung einer globalen Einsatzgruppe für gesundheitliche Notlagen.
An den Beratungen nahmen die Gesundheitsministerin Liberias, Bernice T. Dahn, sowie Experten internationaler Organisationen teil. Dazu gehörten Vertreter des UN High Level Panels zur globalen Antwort auf Gesundheitskrisen. Das UN High Level Panel erarbeitet im Auftrag von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon derzeit Empfehlungen für ein besseres globales Management von Gesundheitskrisen. Das Gremium wird seine Vorschläge bis Ende des Jahres vorlegen.
Bundesministerium für Gesundheit (BMG)
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 (1888) 441-0
Telefax: +49 (1888) 441-1830
Mail: info@bmg.bund.de
URL: <http://www.bmg.bund.de>


Pressekontakt

Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

10117 Berlin

bmg.bund.de
info@bmg.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

10117 Berlin

bmg.bund.de
info@bmg.bund.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage